



**Tagung:**

*"Ursachen und Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Handlungsmöglichkeiten und Chancen"*

**Convegno:**

*"Cause e conseguenze della crisi economico-finanziaria. Possibilità di intervento e opportunità"*



## *Die Krise als Chance für eine nachhaltige Zukunft*

**PD Dr. Dirk Solte**

---

**01.04.2009 – Palais Widmann - Bozen**

**Organisation: Arbeitsförderungsinstitut AFI-IPL**

### **1. Die Krise verstehen und global handeln – Chance für eine nachhaltige Zukunft.**

Globale Probleme müssen auch global beantwortet werden. Wir haben eine Weltkrise, finanziell, ökonomisch, ökologisch und sozial. Die Krise eröffnet die vielleicht einmalige Chance, alle diese Problemfäden so zu verknüpfen, dass Zukunftsfähigkeit erreicht wird. Das muss auf globaler Ebene geleistet werden. Eine politische Herausforderung, die uns alle betrifft.

#### **1.1. Die Instabilität des Systems**

Das Problem hinter den Problemen der weltweiten Krise ist eine gigantische „Geldblase“, eine immer höhere Schuldenbasierung der globalen Realwirtschaft. Die Schulden betragen inzwischen weltweit das Vierfache der Realökonomie (BIP) eines Jahres. In Europa sogar das Fünffache. Dies ist eine Überschuldungs-Situation. Dabei stehen der Geldbasis (Zentralbankgeld) immer mehr „verbriefte Geldansprüche“, z.B. Schuldverschreibungen, Pfandbriefe, Aktien, Fondsanteile usw. gegenüber. Das Verhältnis ist mittlerweile 2:107. Dies ist eine Situation höchster Instabilität, die unweigerlich zur Krise führt, wenn die Bereitschaft, Geldansprüche als Vermögen zu halten, sinkt.

Das ist wie bei dem Spiel „Reise nach Jerusalem“. Solange die Musik spielt, laufen die Spieler fröhlich um die Stühle. Wenn die Musik aufhört, muss der, der keinen Stuhl erwischt, ein Pfand abgeben. Bei dem „Spiel der Spiele“ im Weltfinanzsystem laufen allerdings 107 Spieler, unter denen ein paar wenige sehr große Vermögensverwalter (Institutionelle Anleger) sind, um gerade einmal zwei Stühle. Und aktuell geht die Bereitschaft, Geldansprüche statt Geld oder Realwerte zu halten, gegen Null. Die Musik hört auf zu spielen. Gerade die Institutionellen Anleger horten Liquidität, die dann anderen fehlt, sie nehmen die „Stühle“ aus dem Spiel, weil man nicht weiß, welche Anlagen jetzt noch sicher sind. Damit gefährden sie sogar – ohne es zu wollen – ihr



eigenes Vermögen, denn jetzt kommen auch noch weitere Unternehmen – an denen sie Anteile halten – in Finanzierungsprobleme. Das Zentralbankgeld „fließt“ nicht mehr, ist nicht mehr „im Umlauf“. Was folgt? Die „Verlierer“ im Spiel geraten in Zahlungsschwierigkeiten, z. B. weil Kredite nicht verlängert werden. Sie müssen „ein Pfand“ abgeben, reale Werte weit unter Preis an die veräußern, die liquide sind, die großen Institutionellen Anleger oder deren Finanzinstitute. Finanzvermögen wird gegen reale Sachvermögen getauscht.

Um das zu verhindern, reicht es nicht „neue Stühle“, d. h. Zentralbankgeld „ins Spiel zu bringen“. Dieses Geld muss „umlaufen“, die „Musik muss wieder spielen“. Dafür muss man die „Kassenhaltung“ wirksam begrenzen.

## 1.2. Wo liegen die wichtigsten Gründe für diese Überschuldung?

Der globale Markt sollte die Konkurrenz regeln, stattdessen gibt es dort aber eine Konkurrenz der Regeln. Die Finanz-, Steuer- und Sozialsysteme der Staaten konkurrieren über nationale Gesetze um Wertschöpfung, selbst wenn diese in anderen Ländern erwirtschaftet wurde – ein „Kampf um Steuersubstrat“, z. B. durch trickreiche, aber legale, „Umqualifizierung“ von Gewinnen. Die so genannte „fair value“ Bewertung hat gerade in den letzten acht Jahren dazu beigetragen, dass sich bei den Finanzinstituten sehr viel Eigenkapital aus dem Nichts, aus der Zukunft, aus Gewinnen, die noch gar nicht realisiert wurden, gebildet hat. Diese Gewinne wurden im Staat des Firmensitzes besteuert, obwohl man noch gar nicht wissen konnte, wo der Ertrag – wenn überhaupt – irgendwann einmal erwirtschaftet wird. Und auch auf dieses Eigenkapital wollten die Eigentümer (u. a. auch Renten- und Pensionsfonds) eine hohe Rendite sehen. Deshalb haben die Finanzinstitute in enormen Maße die Kreditvergabe ausgeweitet: z. B. für „gehebelte“ Investitionen (so genannte „leverage- Geschäfte“) oder auch an Schuldner, die überhaupt nicht zur Rückzahlung fähig waren (Subprime) und die Risiken wo immer möglich ausgelagert. Konjunktur, Gewinne und Steuereinnahmen wuchsen „auf Pump“.

## 1.3. Der Krise sinnvoll begegnen

Dem muss man begegnen, aber nicht über nationale Konjunkturprogramme „auf Pump“ und ohne die Probleme hinter den Problemen mit zu lösen: Die Konkurrenz der nationalen Systeme im globalen Markt. Jetzt hat die Politik die Chance, die Weichen in die richtige Richtung zu stellen. Dafür müssen aber die anderen „losen Problemfäden“, d. h. die unterschiedlichen, letztendlich alle miteinander zusammenhängenden Problembereiche gemeinsam betrachtet werden. Das ist die Klima- und die Energiefrage und das ist das permanente Sozialdumping, u. a. auch über Kinderarbeit auf dem Globus, weil im weltweiten Markt die geeigneten Verabredungen für Regeln im Umwelt-, Energie- und Sozialbereich definitiv fehlen. Gerade auch in der WTO gelten nur Qualitätsstandards und keine Verfahrensstandards. Dies hängt alles miteinander zusammen und muss auch zusammen gelöst werden.

## 1.4. Welche Auswirkungen hat die Finanzkrise auf die Gesellschaft?

Zurzeit befinden wir uns in einer „nah-chaotischen“ Situation. Wissenschaftlich betrachtet – Entscheidungstheorie – befinden wir uns an einem so genannten „Tipping Point“. Es kommt jetzt darauf an, wie wir handeln, welche Auswirkungen dies auf uns, auf unsere Gesellschaft und damit insbesondere auf die „Mittelschicht“ hat. Wenn die angedeuteten Maßnahmen, also insbesondere die Regelsetzungen auf globaler Ebene für



Öko- und Sozialstandards und die Harmonisierung von Steuerbemessungsgrundlagen nicht in Angriff genommen werden, reißt die Gesellschaft auseinander.

Wir haben jetzt aber auch die Chance, das „Spiel“ wieder fair zu gestalten, damit alle gewinnen: Über ökologische und soziale Regeln für den globalisierten Markt, in Kombination damit die nachhaltige Ausrichtung des Finanz- und Steuersystems. So kann man die Balance erreichen. Mit fairem Wettbewerb, fairer Teilhabe, Verteilung und Wohlstand in Breite.

### **1.5. Die Krise als Chance nutzen**

Die richtige Antwort auf die globale Krise ist ein abgestimmtes Handeln auf globaler Ebene – ein 7 Punkte Programm –, dass die offenen Problemfäden zusammen aufgreift und miteinander verknüpft. Es geht darum: Erstens die Umweltstandards im Rahmen der Folgeverhandlungen des Kyoto-Protokolls zu verabreden und dabei auch Potentiale an alternativen Energien und deren Erschließung zu fixieren. Zweitens geht es darum, die Sozialstandards der internationalen Arbeitsorganisation in Verbindung mit den in den Millenniums-Entwicklungs-Zielen genannten Aspekten zu koppeln. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Bildung für alle, Gesundheit und Nahrung / Wasser. Drittens muss man, um sich der drohenden weltweiten Rezession entgegenzustellen, die notwendigen Investitionen zur Implementation dieser Standards weltweit in Gang setzen: Neue Energien, Umwelttechnologien, Bildung und Infrastruktur. Und dies alles konform zu den verabredeten Umwelt- und Sozialstandards. Das ist das jetzt dringend notwendige Unterstützungsprogramm für die Weltwirtschaft zur wirksamen Bekämpfung der Rezession (Global New Deal). Viertens: Dies muss ein weltweiter „Deal“ sein – ein globaler Vertrag, bei dem die Öko- und Sozialstandards in der WTO als Verfahrensstandards verbindlich akzeptiert werden müssen. Fünftens: Der Reform der Finanz- und Steuersysteme, bei der durch Harmonisierung und „Einhegen“ der Steuer-Oasen die Steuerumgehungsmöglichkeiten reduziert werden und so wieder diejenigen Akteure den größten Beitrag leisten, die sich bisher erfolgreich entzogen haben. Sechstens: Die Stabilisierung der jetzigen Finanzkrise durch Maßnahmen zur Beherrschung der Geldblase – der Überschuldung –, das mittelfristige Zurückführen der öffentlichen Schulden und die Sicherstellung von Liquidität in den Märkten. Dies gelingt zum einen über eine Art Mehrwertsteuer auf Wertpapiere und alle Finanzprodukte. Wir nennen diese Abgabe „Mehrgeldsteuer – eine Leverage Money Tax“. Diese Abgabe wäre so gestaltbar, dass gerade die größten Profiteure – besonders diejenigen Finanzinstitute, die auch mit ihren spekulativen Hebelgeschäften an der Krise mit beteiligt sind – eine höhere Abgabe leisten müssen als ökonomisch weniger leistungsfähige Akteure, wie z. B. der Mittelstand, der ja ohnehin höhere Zinsen für aufgenommene Kredite zahlen muss. Eine solche Abgabe macht die „Super Bubble“ – die Geldblase – beherrschbar. Und damit „die Musik wieder spielt“, die Märkte wieder liquide werden, muss man siebtens eine Art Maximalreserve für Finanzinstitutionen einführen. Alle Marktteilnehmer müssten ihre „Überhang-Liquidität“ oberhalb der Maximalreserve in einen gemeinsam getragenen und verantworteten Fonds einzahlen, als „Kredit“ gewähren. Schuldner des Fonds müssten dabei natürlich alle geforderten Kriterien, wie beispielsweise Solvabilität, erfüllen. Es liegt dann in Teilen sogar bei den Marktteilnehmern selbst, sich für schärfere Kriterien einzusetzen, wenn sie die Bonität des Fonds in Zweifel ziehen. Dieses Programm sollte Europa in den laufenden G20-Prozess „Finanzmarkt und Weltwirtschaft“ einbringen.

## **2. Globaleres Handeln als Reaktion auf die globale Krise**



Die Weltfinanzkrise ist eine, möglicherweise einmalige, **Chance**, einen ersten wichtigen Schritt zur Verankerung ökologischer und sozialer Regeln im weltweiten Markt zu machen, wenn man zur Stabilisierung einen pragmatischen Schritt zur Lösung des Gesamtproblems wählt, der wie folgt skizziert werden kann: Das Finanzsystem wird heute von leistungsstarken globalen Akteuren dazu benutzt, in einem viel zu geringen Umfang Steuern zu zahlen. Das Prinzip Steuergerechtigkeit und Fairness ist auf den Kopf gestellt. Das bedeutet, hier können viele Mittel erschlossen werden ohne die staatlichen Budgets und den Mittelstand weiter zu belasten, wenn man nur auch die Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlagen und das „Einhegen“ von Steuer-Oasen vorantreibt. Diese Finanzmittel braucht man gerade auch, um über Querfinanzierungssysteme zu erreichen, dass die wichtigsten ökologischen und sozialen Regelungen in den internationalen Verträgen allgemein akzeptiert und implementiert werden. Die prinzipiell richtig funktionierenden, besser gesagt: noch richtig funktionierenden nationalen sozialen Demokratien haben nur dann, also unter global balancierten Bedingungen, eine wirkliche Chance, die Globalisierung intakt zu überleben. Was sind die entscheidenden Eckpunkte für diese pragmatische und zielführende politische Lösung des Problems? Ein „7 Punkte Plan“:

1. **Umweltstandards:** Das Fenster ist geöffnet, um im Rahmen der Folgeverhandlungen zum Kyoto-Protokoll zu einem längst überfälligen, globalen „Cap and Trade“-Ansatz zu kommen. Dafür ist ein Transformationsprozess auszuhandeln, der mittelfristig zu gleichen Pro-Kopf-Emissionsrechten führt.

2. **Sozialstandards:** Alle Nationalstaaten haben wichtige Kernstandards der ILO verabredet, die aber derzeit – genauso wie Umweltstandards - im Rahmen der WTO-Regelungen unterwandert werden. Deshalb ermöglichen Kinderarbeit und Umweltverschmutzung immer noch Wettbewerbsvorteile.

3. **Markt:** Das Verhindern einer weltweiten Rezession muss jetzt mehr als ein ökosoziales Konjunkturförderprogramm auf Pump sein! Öffentliche Investitionen z. B. in neue Energien und Umwelttechnologien, Bildung und Infrastruktur sollten Teil eines Implementationsprozesses weltweiter gemeinsamer Umwelt- und Sozialstandards (sowie deren institutionelle Voraussetzungen) sein (Global New Deal).

Die entsprechenden Standards sollten als **Verfahrensstandards in der WTO** für verbindlich erklärt werden. Erst dann wird es kein Öko- und Sozialdumping zur Profitmaximierung mehr geben und der globale Markt ist ein Ökosozialer Markt.

4. **Verfahren:** Wie kann dieser „Deal“ zum Abschluss gebracht werden? Die Antwort ist: **Co-Finanzierung**. So, wie in der EU über die so genannten Strukturfonds schon lange co-finanziert wird, damit schwächere und neue Mitglieder überhaupt zur Implementierung des Gemeinschaftsrechts – dem Acquis Communautaire – in der Lage sind. Ein solches Vorgehen auch auf globaler Ebene ist der Schlüssel – die Co Finanzierung von aufeinander abgestimmten Standards, die u.U. vom Entwicklungsstand eines Landes abhängig sein können, aber gemeinsam abgesprochen und verbindlich sind.

5. **Finanzierung:** Woher kommen die Mittel zur Co-Finanzierung? Die Antwort ist: Aus der Reform der Finanz- **und Steuersysteme** im Rahmen eines „Bretton Woods II Abkommens“, das aber eben nicht nur auf das Finanzsegment beschränkt sein darf. Auch die Steuersysteme müssen angeglichen werden. Denn nur durch eine Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlagen können Steuerumgehungen global wirkungsvoll unterbunden werden.

6. **Balance:** Außerdem würde zur Finanzierung der Implementation und **Ausgleichsprozesse** beitragen: Die Besteuerung globaler Transaktionen - Transport, Handel und Finanzströme. Aber auch eine Art Mehrwertsteuer auf alle Finanzprodukte,



um die spekulativen Hebelgeschäfte einzudämmen bzw. Darauf einen ausgleichenden Beitrag zu erheben, wäre hilfreich. Eine **Mehrgeldsteuer – eine Leverage Money Tax** - wäre so gestaltbar, dass gerade die größten Profiteure wieder einen fairen Beitrag leisten müssen. Dies entlastet den Mittelstand und andere, die sowieso benachteiligt sind, weil sie z.B. für einen verbrieften Kredit (ein Finanzprodukt) ohnehin höhere Zinsen zahlen müssen als beispielsweise die leistungsfähigsten Finanzinstitutionen. Die Profiteure sollten daher eine höhere Abgabe auf das von ihnen geschöpfte „Hebelgeld“, ihre Kredite für gehebelte Investitionen und Spekulationen, leisten. Ökonomisch weniger leistungsfähige Akteure wie z. B. der Mittelstand sollen nicht belastet werden. Mit der Mehrgeldsteuer könnte so eine faire Abgabe gestaltet werden, die die „Super-Bubble“ - die Geldblase – beherrschbar macht.

7. **Geldsystem:** Kurzfristig muss der Liquiditätsengpass – als Treiber der Weltfinanzkrise mit ihren Auswirkungen auf die Realökonomie – behoben werden. Das Zentralbankgeld muss wieder „umlaufen“. Hierfür ist die Liquiditätsreservehaltung der Finanzmarktakteure zu begrenzen. Hierzu wäre die Vorgabe einer **Maximalreserve** ein wirkungsvolles Mittel. „Überschüssige“ Liquidität würde dann über einen „Liquiditätssicherungsfonds“ verfügbar gemacht.

### 3. Der globale Handlungsrahmen

Das im Rahmen der G20 aufgesetzte Verfahren zur Konkretisierung International abgestimmter Maßnahmen zur Reaktion auf die Krise, mit dem ersten Gipfeltreffen im November 2008 zu dem Gesamthemenspektrum „Finanzmarkt und Weltökonomie“, bietet sich als Ausgangspunkt für die Konkretisierung eines Umsetzungsprozesses für ein nachhaltiges Geld- und Steuersystem für eine globale Ökosoziale Marktwirtschaft an. Hier könnten die entsprechenden Maßnahmen, wie sie in dem Buch Solte, D.: „Weltfinanzsystem in Balance“ als Diskussionsgrundlage ausgeführt sind, im Detail abgestimmt und verabredet werden. Dabei sollte der Schulterschluss mit dem economic and social council (ECOSOC) der Vereinten Nationen gesucht werden, dessen Rolle gegebenenfalls zu stärken ist. In der „World Economic and Social Survey 2008“ spricht sich dieses Gremium positiv zu den drei Ansätzen „Reform von Bretton Woods“, „Prinzipien des Marshall Plans“ und „Global New Deal“ aus, deren Konkretisierung im „7 Punkte Plan“ aufgezeigt ist (Kapitel I). Sofern es zu einer von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel vorgeschlagenen Etablierung eines Weltwirtschaftsrates bei den Vereinten Nationen kommt, wäre dies auch ein geeignetes Gremium zur weiteren Ausgestaltung des globalen Gesamtprozesses. Das ECOSOC könnte bei der Umsetzung der Maßnahmen die Koordinationsfunktion übernehmen. G20 / Weltwirtschaftsrat wären der Ort zur Abstimmung der konzertierten Gesamtaktion zur Reaktion auf die aktuelle Krise, sowie für die Umsetzung des internationalen Rahmens für eine auf Harmonisierung ausgerichtete Reform des Geld- und Steuersystems einer globalisierten Ökonomie. Bei G20 / Weltwirtschaftsrat läge die Gesamtprozess Verantwortung. Von hier aus wären spezielle Aufgaben auf die verschiedenen Institutionen zu delegieren, um das Gesamtpaket für einen weltweiten „New Deal“, wie er mit dem „7 Punkte Plan“ skizziert wurde, zu verabreden und in Angriff zu nehmen.

Als kurzfristige Maßnahme ist dabei auf die derzeitige Liquiditätsengpass-Situation zu reagieren, dem wesentlichen treibenden Faktor für die Weltfinanzkrise und deren Auswirkungen auf die Real-Ökonomie. Hierfür ist eine Maximalreservehaltung über alle Akteure des Weltfinanzsystems hinweg zu verabreden (die z. B. 1 % bis 2 % über der Mindestreserve liegen könnte). Ein entsprechender „Liquiditätsfonds“ als Sammelstelle für die Überhangliquidität bezüglich Zentralbankgeld und kurzfristige Obligationen



könnte hierfür beispielsweise unter Aufsicht des IWF eingerichtet werden, wobei Details des Fonds z. B. im Financial Stability Forum der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), ausgehandelt und verabredet werden könnten. Dieser Liquiditätsfonds könnte zudem – zu gewissen Teilen – über Staatsgarantien abgesichert werden, sofern hierfür – als Bedingung – der Einführung der Mehrgeldsteuer als Maßnahme zugestimmt wird, um mittelfristig die „Geldblase“ wirkungsvoll in den Griff zu bekommen. In diesem Zusammenhang sind auch die Verabredungen zur Regulierung der Handelsabwicklungsplattformen, der Depositories und aller damit zusammenhängenden Finanzdienstleistungen (insbesondere Custody Services) zu treffen. Dazu gehört auch das Aufsetzen einer unabhängigen Rating-Institution, deren Bewertungen auf einem Standard-Ratingansatz basieren sollten. Eine internationale Ratinginstanz könnte ebenfalls beim IWF angesiedelt werden. Alternativ wären die Rating-Institutionen währungsraumspezifisch zu etablieren. Ein „Weltstrukturfonds“ wäre einzurichten, um die Mittel zu verwalten für die Co-Finanzierung einer weltweiten Implementation verabredeter verbindlicher Verfahrensstandards bezüglich ökologischer und sozialer Aspekte des ökonomischen Systems. Die Umsetzung der Implementation ist zu überwachen. Der Weltstrukturfonds könnte hierzu bei der Weltbank verankert werden. Die initiale Füllung des Weltstrukturfonds soll zum einen über die Mehrgeldsteuer und über gegebenenfalls weitere verabredete Abgaben auf globale Transaktionen erfolgen. Des Weiteren könnten auch Teile der neu erschlossenen Mittel, die aus einer Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlagen und der „Einhegung“ von Steueroasen resultieren, eingebracht werden. Alternativ wären diese Mittel für nationale Implementations-Prozesse und die mittelfristige Rückführung der öffentlichen Verschuldung zu verwenden. Die Steuerharmonisierung selbst ist als Verabredung eines Standards zu behandeln. D. h. im Rahmen der Gesamtprozessverantwortung ist – genauso wie beispielsweise auch die Verhandlung eines Lösungsansatzes zum Umgang mit der Klimaproblematik – das Verhandlungsmandat geeignet zu delegieren. Hierfür bietet sich aber aufgrund der Zusammensetzung das G20-Gremium selbst an. Unter Einbezug der Standards, die in der ILO ausgearbeitet und verabredet wurden, sind dann die Umwelt-, Steuer- und Finanzstandards als ökologische und soziale Standards über eine Aufnahme als verbindliche Verfahrensstandards im Rahmen der WTO als gültiger Rahmen der globalisierten Marktwirtschaft zu verankern. Die WTO wäre insofern bei dem pragmatischen Lösungsansatz der institutionelle Rahmen, in dem die Verbindlichkeit beschlossen und deren Einhaltung über die möglichen Konfliktresolutions- und Sanktionsmechanismen dieser Organisation zu gewährleisten ist. Die Frage ist natürlich, ob sich die relevanten Währungsräume und damit Ökonomien in dieser Welt auf ein solches gemeinsames Operieren zur Abwendung der akut drohenden schlimmen Krisensituation durchringen können. Wenn nicht, bietet es sich auf europäischer Ebene an, doppel-strategisch den Weg in der zuvor geschilderten Richtung einzuschlagen. Doppel-Strategie bedeutet dabei, sich zumindest im Euro-Währungsraum entsprechend zukunftsfähig aufzustellen, sich dabei aber auch auf gegebenenfalls beibehaltene Konkurrenzsituationen internationaler Art abwehrmäßig einzustellen. Jedoch ist jederzeit zu kommunizieren, dass man an einer gemeinsamen zielführenden Lösung nicht nur interessiert ist, sondern jederzeit diese gemeinsame Lösung mittragen würde, wenn alle dem zustimmen. Im Konkreten würde es sich für Europa anbieten, auch schon alleine für den Euro-Währungsraum die Mehrgeldsteuer einzuführen, um so den dringenden finanziellen Handlungsspielraum zu erreichen, der jetzt für ein gezieltes Reagieren auf die Krisensituation notwendig ist. Dabei wäre zudem innerhalb von Europa eine entsprechende Gesamtstrategie als Maßnahmenpaket abzustimmen und dies international als Vorschlag Europas zu positionieren mit dem



entsprechenden Hinweis, dies in voller Breite zu unterstützen, wenn international die Akzeptanz und Unterstützung gewährleistet wird.

PD Dr. Dirk Solte  
Stellvertreter des Vorstands des Forschungsinstitutes für anwendungsorientierte  
Wissensverarbeitung/n (FAW/n) Ulm. Privatdozent für Betriebswirtschaftslehre an der Universität St.  
Gallen (HSG). Chefökonom des Bundesverbands für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft  
(BWA) und Leiter der Kommission „Steuern und Finanzmarkt“.

Korrespondenzadresse:  
FAW/n, Lise-Meitner-Straße 9, D-89081 Ulm,  
Telefon 0731 – 50 39 200, Telefax 0731 – 50 39 111,  
E-Mail: [solte@faw-neu-ulm.de](mailto:solte@faw-neu-ulm.de)  
web: [www.faw-neu-ulm.de](http://www.faw-neu-ulm.de)